

**Regionalkonferenz
der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder
am 18. Juni 2024 in Lutherstadt Wittenberg**

Beschluss

TOP 11 Förderung der Geothermie in Deutschland

Die Regionalkonferenz der Regierungschefin und der Regierungschefs der ostdeutschen Länder dankt dem Bund für sein bisheriges Engagement zur Nutzung des Potentials der Geothermie, insbesondere der hydrothermalen Geothermie. Geothermie stellt ein wesentliches Instrument zum Erreichen der Klimaschutzziele des Bundes dar und ist zur klimaneutralen, sicheren, verlässlichen und preisstabilen Wärmeversorgung unabdingbar. In Anbetracht der steigenden Herausforderungen im Bereich des Klimaschutzes und der Energiewende sowie des notwendigen Um- und Ausbaus der Wärmenetze kann auch die Tiefengeothermie als Baustein der kommunalen Wärmepfanung einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Wärme leisten und damit gleichzeitig den zukünftig stärkeren Belastungen im Stromsektor entgegenwirken.

Vor diesem Hintergrund kommen die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder wie folgt überein:

1. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder begrüßen das Ziel der Bundesregierung, bis 2030 so viel Erdwärme wie möglich zu erschließen. Zur Erreichung dieses Ziels ist auch die Nutzung von Tiefengeothermie ein wichtiger Baustein, mit dem unabhängig von fossilen Rohstoffen eine effiziente, sichere und grundlastfähige Wärmeversorgung unterstützt und so ein relevanter Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird.
2. Das Potential von Tiefengeothermie wird jedoch bislang nur ungenügend genutzt. Auch stehen die erprobten Verfahren zur Erschließung von hydrothermalen Tiefengeothermie aufgrund der geologischen Gegebenheiten nicht überall gleichermaßen in Deutschland zur Verfügung. In großen Teilen der ostdeutschen Länder dürfte keine nennenswerte Erschließung von Geothermie ohne Rückgriff auf das Tiefengeothermiepotential möglich sein. Damit bliebe auch unklar, wie eine sichere und bezahlbare Wärmeversorgung für die Bürgerinnen und Bürger in allen Teilen Ostdeutschlands gewährleistet werden soll. Die Fernwärmenetzkonzepte der

Fernwärmenetzbetreiber weisen demgegenüber der Geothermie eine Schlüsselrolle im Rahmen der bundesgesetzlich vorgeschriebenen kommunalen Wärmeplanung bei der Wärmeversorgung verdichteter Siedlungsgebiete zu.

3. Tiefengeothermieprojekte bedürfen eines hohen Planungsaufwandes und hoher Anfangsinvestitionen. Außerdem bergen sie ein zum Teil erhebliches Bohr- und Fündigkeitsrisiko, das ein zentrales Investitionshemmnis darstellt. Das Tiefengeothermiepotential im o. g. Bereich kann jedoch ohne entsprechende Probebohrungen nicht abschließend bewertet werden. Um hier Tiefengeothermie voranzubringen, sind weitere Programme zur Förderung und Absicherung des Fündigkeitsrisikos erforderlich.
4. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder bitten den Bund, ein Instrument zur wirksamen und gleichzeitig unkomplizierten Absicherung des Fündigkeitsrisikos einzuführen. Sie regen die Initiierung und Unterstützung von ein bis zwei Pilotprojekten durch die Bundesregierung an, die die Machbarkeit und Wirtschaftlichkeit der petrothermalen Tiefengeothermie in den kristallinen Einheiten demonstrieren. In diesem Zusammenhang sollte auch die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze (BEW) für die kombinierte Gewinnung von Wärme und Strom aus Erdwärme geöffnet werden bzw. eine Kopplung mit der EEG-Förderung ermöglicht werden.
5. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder bitten den Bund außerdem, zusätzlich zum Bundesprogramm „Warm-Up“ für hydrothermale Geothermie die Forschung und Entwicklung im Bereich petrothormaler Tiefengeothermiesysteme rasch und umfassend zu fördern. Die Erfahrungen mit tiefen Bohrungen von bis zu 5.000 Meter im kristallinen Festgestein sind bisher sehr gering.
6. Der Bund wird gebeten, gemeinsam mit der Europäischen Union weitere Förderprojekte zur petrothermalen Tiefengeothermie zu prüfen und zu unterstützen. Dies soll dazu beitragen, auch die Erschließung und Nutzung der petrothermalen geothermischen Potentiale in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zum Erreichen der klima- und sicherheitspolitischen Ziele voranzutreiben.
7. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder betonen die Notwendigkeit, die Öffentlichkeit umfassend über die Vorteile und Möglichkeiten sowie über die aufgrund des aktuellen Standes von Wissenschaft und Technik sehr gute Beherrschbarkeit von Risiken der Geothermie zu informieren. Informationskampagnen sollen dazu beitragen, das Bewusstsein für die Bedeutung

der Geothermie zu schärfen und durch umfassende Informationen eine gute Akzeptanz sicherzustellen. Die Regierungschefin und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder bitten den Bund, eine entsprechende Informationskampagne gemeinsam mit den ostdeutschen Ländern zu initiieren.